

«In Ländern mit schwachen staatlichen Strukturen sind Menschen, die sich verteidigen, oft bedroht, und das Justizsystem ist korrupt. Es ist deshalb unerlässlich, dass die Betroffenen in der Schweiz Rechtsmittel einlegen können.»

Chantal Peyer, Brot für alle

Mitglied des Exekutivausschusses der Initiative Verantwortungsbewusste multinationale Unternehmen

Die Konzerninitiative wurde 2015 von einer breiten Koalition der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen. Es ist das erste Mal, dass NGOs und Verbände eine Volksinitiative gestartet haben. Denn was wir im Laufe der Jahre in unseren Projekten der Entwicklungszusammenarbeit oder in unserer Feldforschung gesehen haben, ist skandalös. Einige Schweizer Unternehmen begehen in der Demokratischen Republik Kongo, in Uganda oder Indien Menschenrechtsverletzungen, die hier in der Schweiz unvorstellbar wären. Wir haben die gewaltsame Vertreibung indigener Bauern von ihrem Land, Kinderarbeit, Luftverschmutzung und die Verseuchung von Flüssen mit giftigen Substanzen miterlebt. Leider sind diese Missbräuche Teil des Geschäftsmodells einiger Schweizer Firmen im Ausland.

Nehmen Sie das Beispiel von Lafarge-Holcim in Nigeria. In Ewekoro, im äussersten Südwesten Nigerias, betreibt die Tochtergesellschaft Lafarge-Holcim ein grosses Zementwerk, das Wapco-Lafarge Ewekoro Cement Plant I & II, sowie den angrenzenden Kalksteinbruch. Durch die Zementproduktion im Werk und auch durch Explosionen im nahe gelegenen Steinbruch lagert sich Zementstaub überall ab: auf dem Boden, auf den Dächern der Häuser und an ihren Wänden. Die feinen, schädlichen Partikel fallen auch in das Wasser, das die Bewohner als Trink- und Kochwasser nutzen. Die Langzeitfolgen sind gravierend: Viele Menschen leiden unter Atembeschwerden, Schäden an Leber, Lunge, Milz und Augenerkrankungen.

Für uns sind die Fakten klar: Die Schweizer Zivilgesellschaft untersucht, prangert an, diskutiert und versucht seit Jahren, diese Menschenrechtsverletzungen zu beheben. Die Situation vor Ort ist jedoch nicht viel besser. Einige multinationale Unternehmen ignorieren die wiederholten Warnungen der Zivilgesellschaft. Und trotz der Versprechen und Erklärungen, die sie in Nachhaltigkeitsberichten abgeben, begehen sie weiterhin illegale Handlungen. Es ist daher an der Zeit, sich zusammen mit Frankreich, den Niederlanden, Grossbritannien und der Europäischen Union der internationalen Bewegung für mehr Verantwortung anzuschliessen und klare Regeln aufzustellen, um diesen Missbräuchen ein Ende zu setzen.

Die meisten multinationalen Schweizer Unternehmen sind von der Initiative nicht betroffen, da sie gewissenhaft arbeiten. Die anderen dürfen sie sich nicht weiter durch ihr unverantwortliches Handeln Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Der zweite Grund für die Lancierung dieser Volksinitiative ist der mangelnde Zugang zur Justiz der Opfer. Dieser mangelnde Zugang kann zwei Gründe haben: ein lokales Justizsystem, das sich weigert, gegen grosse ausländische Investoren vorzugehen oder Behörden, welche Verteidigerinnen und Verteidiger von Menschenrechten einschüchtern, inhaftieren oder sogar foltern und töten.

Der Fall von Mutombo Kasuyi in der Demokratischen Republik Kongo veranschaulicht den mangelnden Zugang der Opfer zur Justiz. Im Februar 2014 wurde Mutombo Kasuyi, damals 23 Jahre alt, in der Demokratischen Republik Kongo von einer Sicherheitspatrouille festgenommen, als er das Gelände der Kupfer- und Kobaltmine KCC durchquerte, die zum Bergbaukonzern von Glencore gehört. Die Patrouille brachte ihn kurz darauf in das Krankenhaus in Kolwezi, wo der Arzt nur noch seinen Tod feststellen kann. Mutombos Familie reichte sofort Strafanzeige ein; laut der durchgeführten Autopsie war der Tod wahrscheinlich auf Gewalt zurückzuführen. In der ersten Instanz sprach der Richter die beiden Sicherheitsbeamten frei. In der zweiten Instanz hat das Gericht von Lubumbashi den Fall abgewiesen. Es kam zum Schluss, dass das Verfahren nicht gesetzeskonform sei: Die Sicherheitsbeamten von KCC hätten in den Zeugenaussagen einander widersprochen und es seien Schlüsselbeweise ignoriert worden oder unter mysteriösen Umständen aus der Akte verschwunden. Seit dieser Entscheidung vor drei Jahren ist nichts mehr passiert. Das offizielle Dokument, das die Rückweisung des Falls an die erste Instanz beantragt, hat, ist aus dem Dossier verschwunden. Die Familie wartet daher immer noch darauf, dass das Gericht Licht in die Ereignisse von Februar 2014 bringt.

Was den Druck betrifft, dem Menschenrechtsverteidiger/innen auf der ganzen Welt ausgesetzt sind, so spiegelt eine Zahl diesen Druck gut wider: 2019 wurden weltweit 304 Menschen wegen ihrer Aktivitäten zur Förderung der Menschenrechte getötet. Von diesen 304 Personen arbeiteten fast 40% an Fällen von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit grossen Unternehmen.

Da die Initiative eine Selbstverständlichkeit ist, wird sie von einer breiten Bewegung von Bürger/innen und einer breite Palette von Akteuren getragen. Mehr als 450 Lokalkomitees engagieren sich heute in Städten und Dörfern der Schweiz für die Initiative. Sie betreiben Hunderte von Ständen in den Strassen und schicken 500.000 Postkarten an Leute, die sie kennen. Ein bürgerliches Komitee für die Konzerninitiative bringt mehr als 350 Politiker/innen aus PBD, PDC, PEV, PLR zusammen, PVL und SVP zeigen, in welchem Masse die Initiative über die politischen Differenzen hinweg unterstützt wird. Das «Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Unternehmen» und seine mehr als 250 Mitglieder betonen, dass Freiheit und Verantwortung Hand in Hand gehen. Auch die Kirchen unterstützen die Sache entschlossen: Mehr als 600 katholische und evangelische Kirchengemeinden engagieren sich, indem sie Diskussionsabende organisieren, indem sie Transparente an Glockentürmen aufhängen oder Menschenrechtsfragen in Gottesdiensten ansprechen. Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund und die Schweizer Bischofskonferenz haben offiziell für mehrere Monate für die Initiative. Und schliesslich die mehr als 60.000 orangefarbenen Flaggen, die inzwischen in der ganzen Schweiz

Quelle: Pressekonferenz Konzernverantwortungsinitiative Montag, 2. November 10.15 Uhr Bundesmedienzentrum. Es gilt das gesprochene Wort.

Übersetzung Blanca Steinmann, Fastenopfer